

1

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

10. Wahlperiode

25.11.1988

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 03 - Innenminister

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Innere Verwaltung

Berichtersteller Abgeordneter Frechen SPD

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 03 - Innenminister - wird mit nachstehenden
Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Innere Verwaltung hat den Entwurf des Einzelplans 03 - Innenminister - in seinen Sitzungen am 3. und 24. November 1988 beraten. Als Beratungsunterlagen dienten dem Ausschuß neben Haushaltsgesetz und Einzelplan die Übersicht über die Planstellen und Stellen (Vorlage 10/1777), der Gesamtüberblick über den Einzelplan 03 (Vorlage 10/1789) sowie die Schreiben des Innenministers vom 10. und 17. November 1988 (Vorlagen 10/1905 und 1921). Mit Schreiben vom 14. Oktober 1988 übersandte der Vorsitzende des Verkehrsausschusses eine Stellungnahme seiner Arbeitsgruppe "Fluggastkontrollen" zur Bewertung der Möglichkeiten für die zukünftige Organisation und Finanzierung des Fluggastkontrolldienstes auf den in Frage kommenden Flughäfen des Landes Nordrhein-Westfalen (Vorlage 10/1827). Eine Entschließung der Deutschen Polizeigewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, lag dem Ausschuß als Zuschrift 10/2299 und eine Stellungnahme der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, als Zuschrift 10/2203 mit Bezug auf die Zuschrift 10/2134 vor.

B Personaltitel

1. In Kapitel 03 110 Titel 422 10 beantragte die Fraktion der SPD weitere 50 Planstellen A 9 g. D. in Fortsetzung des Programms zur Verstärkung der Kriminalpolizei.

Die doppelte Zahl von Planstellen beantragte im gleichen Zusammenhang die Fraktion der F.D.P.. Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt, der Antrag der SPD-Fraktion hingegen einstimmig angenommen, nachdem der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion darauf hingewiesen hatte, daß durch eine

jährlich gleichhohe Stellenrate die Kriminalpolizei den Bedürfnissen entsprechend sukzessive verstärkt werden soll.

2. Im Zusammenhang mit ihrem 1. Antrag beantragte die Fraktion der SPD ferner weitere 50 Anwärterstellen PHW als Ersatz für Polizeibeamte, die in die Ausbildung zur Kriminalpolizei übergewechselt sind (Kapitel 03 110 Titel 422 20). Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, der Antrag der Fraktion der F.D.P. auf Ausbringung von 100 Anwärterstellen PHW wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.
3. Übereinstimmend beantragten die Fraktionen der SPD und der F.D.P. die Umwandlung von 100 Planstellen A 9 m. D. nach A 9 Z zur Erleichterung der Beförderung der lebensälteren sogenannten Weyerlinge bei gleichzeitiger Minderung der Nachteile für dienstältere Beamte (Kapitel 03 110 Titel 422 10). Die Beschlußfassung erfolgte sodann einstimmig.
4. Auf Antrag der Fraktion der SPD beschloß der Ausschuß ferner einstimmig 80 Stellen für Angestellte der Vergütungsgruppe BAT VII/VIII - Dienstart 07 mit KW-Vermerk zum 31. Dezember 1990 auszubringen (Kapitel 03 110 Titel 425 110). Hiermit soll der schlechten Personallage auf den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn Rechnung getragen und der Fluggastkontrolldienst sichergestellt werden. Der KW-Vermerk berücksichtigt, daß nach dem Beschluß der Arbeitsgruppe "Fluggastkontrollen" zum 1. Januar 1991 eine Neuorganisation durch Übergang der Aufgabe auf die Betreibergesellschaften angestrebt wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5. Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen
des Landes Nordrhein-Westfalen
Titel 425 10 - Bezüge der Angestellten

Die F.D.P.-Fraktion beantragte, im Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989 in § 7 a eine Ausnahmeregelung von der Besetzungssperre für die Dauer von 9 Monaten für den Bereich der Polizei aufzunehmen. Die Fraktion der SPD wies darauf hin, daß die Ausnahmeregelung selbst im Haushaltsgesetz enthalten sei; das Anliegen der Fraktion der F.D.P. könne allenfalls in eine Aufforderung an die Landesregierung umformuliert werden. Nach Erörterung wurde der Antrag der Fraktion der F.D.P. zur Abstimmung gestellt und bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Sprecher der Fraktion der SPD beantragte sodann, die Landesregierung aufzufordern, die Besetzungssperre im Angestelltenbereich der Polizei aufzuheben. Im Bereich der Angestellten der Polizei sei dies erforderlich, nicht vertretbar hingegen für die Polizei insgesamt.

Der Sprecher des Innenministeriums hatte zuvor darauf hingewiesen, daß nach Berechnungen des Finanzministers durch die Besetzungssperre eine Ersparnis von 120 Mio. DM erzielt werde. Die Besetzungssperre gelte auch dort nicht, wo Anwärter gemäß Einstellungszusage unverzüglich nach Ihrer Ausbildung übernommen würden. Bei Angestellten sei es hingegen zu Schwierigkeiten gekommen, zumal deren Stellen aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt besetzt werden müßten. Der Finanzminister könne Ausnahmen von der Besetzungssperre zulassen, wenn eine

freiwerdende Angestelltenstelle sonst durch einen Vollzugsbeamten besetzt werden müßte, der sodann eine Lücke im Polizeivollzugsdienst hinterlassen würde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Fraktion der F.D.P. beantragte als Deckungsvorschlag für ihre Änderungen die Kürzung des Mittelansatzes bei Kapitel 03 110 Titel 811 30 - Erwerb von Luftfahrzeugen (Hubschrauber) - um 3 250 000 DM. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltungen und Gegenstimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

6. Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung
in Gelsenkirchen
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten (und Richter)

Zur Anhebung des Anteils der hauptamtlichen Lehrkräfte bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung beantragte die Fraktion der SPD-Fraktion 20 Stellen für Professoren und Dozenten, davon

6 Stellen C 3, 6 Stellen C 2, 4 Stellen A 15, 4 Stellen A 14.

Die Deckung für diese Stellen soll erfolgen durch Kürzung des Ansatzes für die Vergütung von Lehrbeauftragten an der Fachhochschule in Höhe von 438 000 DM (Kapitel 03 350 Titel 422 10) und der Fürsorgeleistungen (Kapitel 03 020 Titel 433 00) in Höhe von 712 000 DM.

Antrag und Deckungsvorschlag wurden einstimmig angenommen.

Sach- und Investitionstitel

1. Mit einem neuen Titel in Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen - beantragte die Fraktion der F.D.P. die Etatisierung von 200 000 DM für 1989 zur Erstellung eines Gutachtens "Funktionsbewertung der Polizei".

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

2. Kapitel 03 350 - Fachhochschule für öffentliche Verwaltung
Titel 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Die Fraktion der SPD beantragte eine Erhöhung des Mittelansatzes von 2 146 800 DM auf 2 446 800 DM.

Aufgrund der erheblich gestiegenen Einstellungszahlen im Einzugsbereich der Abteilung Köln mußten ab 15. September 1988 bzw. 1. Januar 1989 für die Abteilung zusätzliche Kursräume angemietet werden, die auch nach Fertigstellung der Um- und Ausbauarbeiten am Dienstgebäude der Abteilung beibehalten werden müssen. Die 1988 anfallenden Mehrausgaben können innerhalb der Sachausgaben des Kapitels aufgefangen werden, für 1989 muß die Jahresmiete jedoch etatisiert werden. Die Notwendigkeit weiterer Kursräume für die Abteilung war zwar bei der Aufstellung des Entwurfs des Haushaltsplans 1989 bekannt, zunächst wurde jedoch in Zusammenarbeit mit den Einstellungsbehörden versucht, eine

kostengünstigere Lösung des Raumproblems zu finden. Solche Bemühungen sind am Eigenbedarf der Einstellungskörperschaften gescheitert, so daß die Anmietung erforderlich wurde.

Der Antrag wurde bei einigen Stimmenthaltungen der CDU-Fraktion mit den Stimmen von SPD und F.D.P. angenommen.

Zugleich wurden im gleichen Stimmenverhältnis zur Deckung dieser Mittel folgende Kürzungsanträge angenommen:

- a) Kapitel 03 350 Titel 517 10: Kürzung des Ansatzes von 937 000 DM um 50 000 DM auf 887 000 DM,
- b) Kapitel 03 350 Titel 538 00: Kürzung des Ansatzes von 233 000 DM um 50 000 DM auf 183 000 DM,
- c) Kapitel 03 610 Titel 518 20: Kürzung des Ansatzes von 22 124 700 DM um 100 000 DM auf 22 024 700 DM,
- d) Kapitel 03 620 Titel 518 20: Kürzung des Ansatzes von 6 296 200 DM um 100 000 DM auf 6 196 200 DM.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärte, von der Einbringung eigener Anträge abzusehen, nachdem trotz aktiver Beteiligung in den vergangenen Jahren jeder einzelne Änderungsantrag mit der Mehrheit der SPD-Stimmen abgelehnt worden sei; anstelle von Einzelanträgen plane seine Fraktion hingegen zur 2. Lesung des Haushaltsgesetzes für 1989 die Einbringung eines

Entschließungsantrags. Die zum Einzelplan 03 nunmehr vorgelegten Anträge der Fraktionen der SPD und der F.D.P. hätten im übrigen deutlich gemacht, daß keine der Landtagsfraktionen mit der Haushaltspolitik des Innenministers einverstanden wären. Es gäbe keine Zukunftsperspektiven und die Folgen aus der Arbeitszeitverkürzung seien noch nicht dargestellt worden.

In der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen der Opposition angenommen.

Pohlmann
Vorsitzender